

Planungsbericht zur Uferplanung Bodensee: Obersee

1. Einleitung

Weshalb braucht es eine Uferplanung?

Das Ufer des Bodensees ist einem steigenden Nutzungsdruck ausgesetzt. Wie können die Bedürfnisse der Menschen nach Wohnen, Arbeiten, Erholung und Freizeitvergnügen am See besser koordiniert und gleichzeitig die noch verbliebenen natürlichen Uferbereiche gesichert respektive naturferne Uferabschnitte ganz oder teilweise renaturiert werden?

Neben seinem Wert als Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten ist der Bodensee auch ein prägendes Landschaftselement, das viele Touristen anlockt und auch deshalb wirtschaftliche Bedeutung hat. Zudem ist er als Trinkwasserspeicher und besonders auch als Lebens- und Erholungsraum für die Bevölkerung von herausragender Bedeutung.

Mit Blick auf den wachsenden Nutzungsdruck ist eine genauere und umfassendere Betrachtung der Entwicklungsmöglichkeiten am See sinnvoll und notwendig. Die teilweise rasanten Entwicklungen sind zu kanalisieren und einzudämmen, damit der See und seine Ufer auch für künftige Generationen lebenswert bleiben.

In den Richtlinien des Regierungsrates des Kantons Thurgau für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2012 – 2016 wurde die Thematik aufgegriffen und als Massnahme aufgeführt, dass nach Abschluss der Uferplanung an Untersee und Rhein auch am Obersee mit den Gemeinden eine Uferplanung zu erarbeiten sei.

Geschichte

Der Bodensee zählt mit einer Fläche von 536 km², nach dem Plattensee und dem Genfersee, zu den drei grössten Seen Mitteleuropas. Seine Uferlänge beträgt insgesamt 273 km, wovon 72 km auf Schweizer Seite liegen; der Thurgauer Seeanstoss beträgt rund 60 km. Der Wasserspiegel weist jährliche Schwankungen von durchschnittlich 2 m auf, da keine Regulierung besteht. Der Bodensee ist Trinkwasserreservoir für ca. 4.5 Mio. Menschen in der Ostschweiz und Süddeutschland, das Trinkwassernetz wurde bis Stuttgart ausgebaut.

Die ersten Siedlungsspuren am Bodenseeuferr reichen bis ins 3. Jahrtausend v. Chr. (Neolithikum) zurück. Zahlreiche Überreste von Pfahlbauten deuten auf eine rege Siedlungstätigkeit in der Mittelsteinzeit hin, wobei das Ufer des Untersees wesentlich dichter besiedelt war als dasjenige des Obersees. Im frühen Mittelalter zählte das 724 n. Chr. gegründete Kloster Reichenau (heute UNESCO-Weltkulturerbe) zu den bedeutendsten Europas. Auch Konstanz entwickelte sich zu einer Stadt von europäischer Strahlkraft und erlebte seine Blütezeit im 10. – 14. Jht. n. Chr. In der Barockzeit schliesslich entstanden einige noch heute die Kulturlandschaft prägende Bauten (z. B. Klosteranlage Kreuzlingen, Birnau, Schloss Meersburg). Heute ist das Bodenseegebiet ein attraktiver Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum. Über 3.8 Mio. Menschen (2009) wohnen in der Region Bodensee.

Die Landschaft rund um den Bodensee ist sehr vielfältig; das vorherrschende Klima seebedingt relativ mild, wodurch sich die Gegend vorzüglich für den Wein-, Obst- und Gemüseanbau eignet. Die Fischerei, als weiterer Lebensmittellieferant, wurde zu allen Zeiten betrieben. Ebenso kommt dem Tourismus eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung am Thurgauer Ufer zu.

2. Grundlagen

Gesetze und Verordnungen

Die massgebenden Gesetze und Verordnungen auf Stufe Bund als auch Kanton wurden mittels Umfrage bei den von einer Seeuferplanung im Kanton Thurgau betroffenen Ämtern und Fachstellen erhoben. Dabei fällt auf, dass es auf beiden Stufen Gesetze und Verordnungen mit unmittelbaren Handlungsanweisungen für eine Seeuferplanung gibt. So findet sich auf Stufe Bund z. B. Art. 1 Abs. 2 lit. a des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG, SR 700), wonach die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Luft, Wasser, Wald und Landschaft zu schützen seien und auf Stufe Kanton in § 1 des Gesetzes über die öffentliche Zugänglichkeit der Ufer (RB 721.3) der Passus, wonach Kanton und Gemeinden im öffentlichen Interesse die Zugänglichkeit der Ufer sowie die Anlage von Uferwegen fördern. Zu guter Letzt gibt es auf beiden Stufen auch Gesetze und Verordnungen, die keine unmittelbaren Handlungsanweisungen an eine Seeuferplanung enthalten, deren Einhaltung durch die vorgenannte Planung aber gleichwohl sichergestellt werden muss.

Planungen

Die erste Rhein- und Seeuferschutz-Planung des Kantons Thurgau wurde im Jahr 1953 erarbeitet. In den Jahren 1972 und 1975 wurde eine Erholungs- und Landschaftsschutzplanung Thurgauisches Bodensee- und Rheinufer erstellt, gefolgt von einem Konzept betreffend Bootsstationierung im Kanton Thurgau (1982). Die Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben erliessen 1984 den «Bodenseeuferplan», der das deutsche Seeufer des Landkreises Konstanz und des Bodenseekreises von Öhningen bis Kressbronn umfasste. 1999 wurde im Auftrag des Planungsamts des Kantons St. Gallen für das St. Galler Bodenseeufers eine Seeuferplanung verfasst und 2004 erstmals für den Untersee und Hochrhein eine Vorstudie für ein länderübergreifendes Uferkonzept (Uferkonzept Untersee & Hochrhein als Baustein für eine Strukturplattform Westlicher Bodensee, 2004). Die Internationale Gewässerschutzkommission (IGKB) erfasste 2003 den Zustand des gesamten Bodenseeufers (Zustandsbeschreibung des Bodenseeufers, 2003), aus dem dann 2006 eine umfassende Uferbewertung hervorging. In einem nächsten Schritt entwickelte die IGKB 2009 einen Renaturierungsleitfaden, mit dessen Hilfe nun naturferne und stark verbaute Uferabschnitte wieder einem natürlicheren Zustand zugeführt werden sollen.

Für das Thurgauer Untersee- und Rheinufer wurde 2009 von der BiCon AG die Methodik einer Vorgehensweise für eine Uferplanung entwickelt und im Sinne eines Pilots gemäss dieser Methodik eine zusammenhängende Planung für den Untersee und Rhein erarbeitet, die schliesslich nach der öffentlichen Vernehmlassung im 2011 abgeschlossen werden konnte.

Fachspezifische Grundlagen

Für die Erarbeitung der Uferplanung Bodensee: Obersee waren zudem folgende Inventare, Kartierungen und fachspezifische Grundlagen herangezogen worden:

- Kantonaler Richtplan 2009 (mit Anpassungen 2011, 2013 und 2016)
- ThurGIS
- Bodensee-Leitbild, IBK 2008
- Bodensee-Richtlinien, IGKB 2005 (mit Anpassungen 2014)

- Fischreiser
- Geotopschutz
- Fruchtfolgeflächen
- Vernetzungsprojekt (LeK)
- Zustandsbeschreibung des Bodenseeufers, IGKB 2001 und 2003
- Uferbewertung, IGKB 2006
- Bewertung Fließgewässer (Ökomorphologie)
- Naturgefahrenhinweise / Regionale Waldpläne
- Langsamverkehr (Velo- / Wander- / Kanurouten)
- Internationale und nationale Schutzgebiete mit archäologischen Fundstellen
- Gestaltungspläne
- Zonenpläne
- Orthofotos
- Strandrasen
- Grundstücke im öffentlichen Eigentum
- Ortsbild- und Landschaftsschutzgebiete
- Datenblätter pro Gemeinde

3. Projekt Uferplanung

Auftrag

Aufgrund des wachsenden Nutzungsdrucks wird im Kantonalen Richtplan festgehalten, dass eine umfassende Betrachtung der Entwicklungsmöglichkeiten am See sinnvoll sei. Das Department für Bau und Umwelt ist dazu angehalten, eine Uferplanung zu erarbeiten, deren wichtigste raumwirksame Aussagen in den Kantonalen Richtplan einfließen sollen.

«Der Kanton erarbeitet eine Uferplanung für den Obersee. Dabei sind insbesondere die Aspekte Renaturierung, Ufernutzung, Bootsstationierung sowie verbesserte Zugänglichkeit und Freihaltung zu behandeln. Aktuelle Vorhaben sollen dadurch nicht behindert werden.» (KRP, Ziffer 2.9: Gewässer).

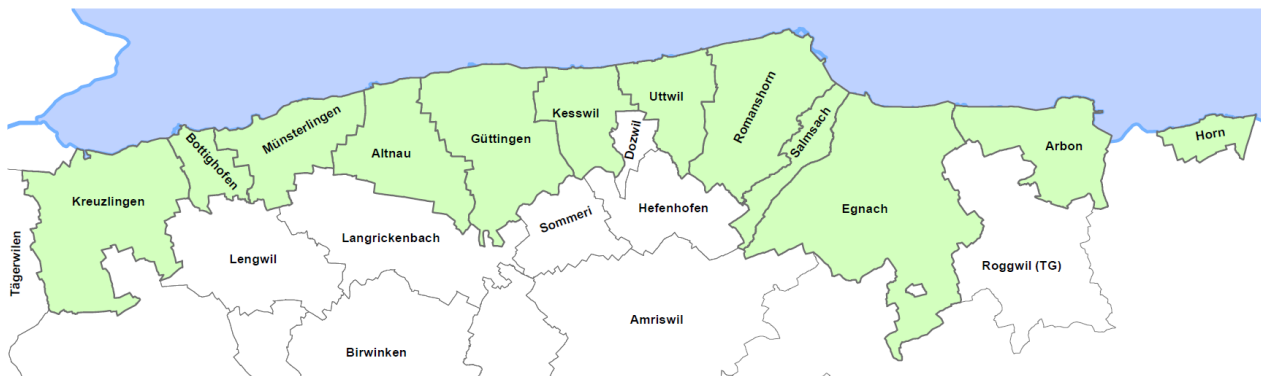
Der Regierungsrat beauftragte dementsprechend am 5. März 2013 mit Beschluss Nr. 120 das Amt für Raumentwicklung (ARE), unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Uferplanung Untersee und Rhein, in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und kantonalen Fachstellen eine umfassende Uferplanung für den Obersee zu erarbeiten. Dabei sind insbesondere die Aspekte Renaturierung, Ufernutzung, Bootsstationierung sowie verbesserte Zugänglichkeit und Freihaltung zu behandeln.

Auf Grund der positiven Erfahrungen am Untersee und Rhein wurde 2013 mit der Uferplanung Bodensee: Obersee begonnen, die wiederum in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und kantonalen Fachstellen erarbeitet werden sollte. Dabei waren insbesondere die Aspekte Renaturierung, Ufernutzung, Bootsstationierung sowie verbesserte Zugänglichkeit und Freihaltung zu behandeln. Damit die Vergleichbarkeit zwischen der Uferplanung Untersee und Rhein mit derjenigen am Obersee gewährleistet werden konnte, waren die wesentlichen Elemente der erstgenannten Planung wie Projektorganisation, Zielsetzungen, Vorgehensweise und Methodik zu übernehmen.

Gleichzeitig sollte den spezifischen Gegebenheiten vor Ort gebührend Rechnung getragen werden.

Räumliche Abgrenzung

Die räumliche Ausdehnung des Projekts wird auf den Obersee mit den zwölf Gemeinden Kreuzlingen, Bottighofen, Münsterlingen, Altnau, Güttingen, Kesswil, Uttwil, Romanshorn, Salmsach, Egnach, Arbon und Horn beschränkt.



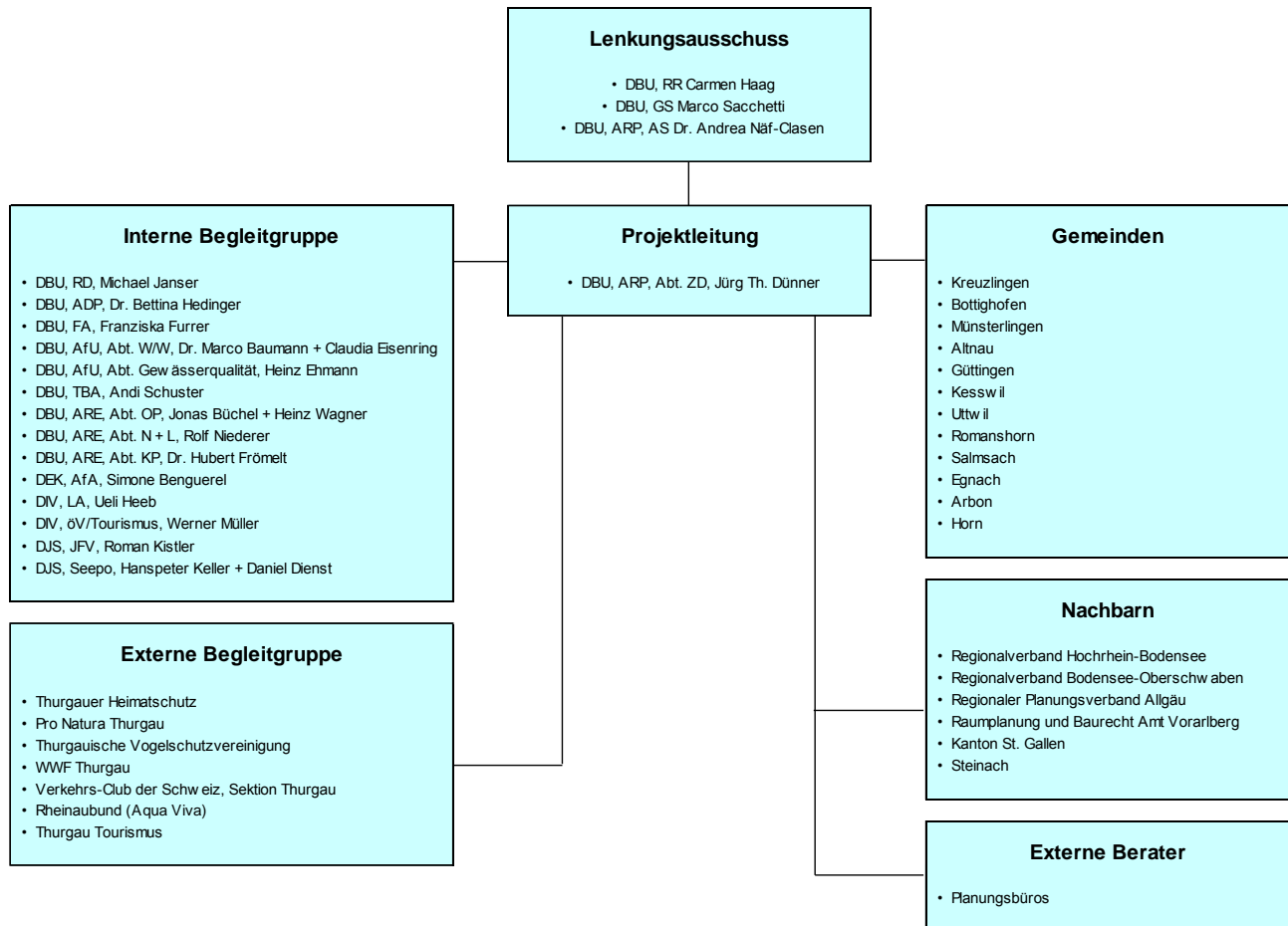
Dementsprechend wird im Zusammenhang mit dem Projekt fortan von der «Uferplanung Bodensee: Obersee» gesprochen.

Die landseitige Begrenzung des Planungsperimeters (= Bearbeitungsperimeter) lag in etwa bei der Bahnlinie, wobei sich der Betrachtungsperimeter generell südlich der Dörfer bis zum Waldrand erstrecken sollte.

Projektorganisation

Die Uferplanung Bodensee: Obersee wird analog der Planung am Untersee und Rhein in enger Zusammenarbeit des Amtes für Raumentwicklung mit den Gemeinden und kantonalen Fachstellen durchgeführt, wobei folgende Projektorganisation gewählt wurde:

Projektorganisation Uferplanung Bodensee: Obersee



Legende

DBU: Departement für Bau und Umwelt
 DEK: Departement für Erziehung und Kultur
 DIV: Departement für Inneres und Volkswirtschaft
 DJS: Departement für Justiz und Sicherheit
 AS: Amtschefin
 GS: Generalsekretär
 RR: Regierungsrat
 ADP: Amt für Denkmalpflege

AfA: Amt für Archäologie
 AfU: Amt für Umwelt
 ARP: Amt für Raumplanung
 FA: Forstamt
 JFV: Jagd- und Fischereiverwaltung
 LA: Landwirtschaftsamt
 TBA: Tiefbauamt
 Abt: Abteilung

N + L: Natur und Landschaft
 OP: Ortsplanung
 ZD: Zentrale Dienste
 öV/Tourismus: Fachstelle öffentlicher Verkehr/Tourismus
 RD: Rechtsdienst
 Seepo: Seepolizei
 UP: Übergeordnete Planung
 W/W: Wasserwirtschaft/Wasserbau

4. Zielsetzungen

Die Uferplanung Bodensee: Obersee soll sich an den nachfolgenden drei Zielen orientieren, die insbesondere die Bereiche Tourismus, Mobilität und Landschaft in den Vordergrund stellen:

1. Förderung der Lebensqualität durch Aufwertung der Erholungslandschaft und durch Unterstützung der lokalen Wirtschaft.
2. Förderung der umweltgerechten Mobilität sowie Entflechtung von Nutzungskonflikten.
3. Wiederannäherung an eine naturnahe, standorttypische Landschaft ausserhalb der Siedlungsbereiche und gleichzeitig Aufwertung innerhalb der Siedlungsbereiche.

Zur Erreichung des ersten Ziels können die nachfolgenden Massnahmen dienen: Schaffung/Umgestaltung einer urbanen Seeufer-Parkanlage, eines Aussichtsturms, einer naturnah ge-

stalteten Badestelle und eines attraktiven Restaurants am Ufer respektive durch Unterstützung der lokalen Wirtschaft (Gewerbe, Gastronomie, Hotellerie), soweit raumplanerisch möglich.

Durchgängige Fuss- und Radwege in attraktiver Lage, gut platzierte Bus- / Bahn-Haltestellen resp. Anlegestege der Kursschifffahrt, seequerende Angebote, Verlegung von Parkplätzen am See, räumliche Trennung von Freizeitnutzungen etc. können Massnahmen zur Erreichung des zweiten Ziels dienlich sein.

Massnahmen im Sinne des dritten Ziels sind die Wiederannäherung an eine naturnahe, standort-typische Landschaft ausserhalb der Siedlungsbereiche, z. B. durch Renaturierungen und Schaffung von Vernetzungsstrukturen und -bauten sowie Extensivierung, Rückbau und Schutz wertvoller Bereiche.

Allen drei Zielen gemeinsam ist, ein Optimum zwischen Nutzung und Schutz des Seeufers anzustreben, um die Zukunft des Seeufers für Mensch und Natur langfristig zu sichern.

5. Methodik und Vorgehen

Vorgehensweise

Zu Beginn der Uferplanung wurde eine umfangreiche Grundlagenerhebung durchgeführt, welche die Uferentwicklung anhand von historischem Kartenmaterial mit einschloss. Zudem erfolgte eine Begehung des gesamten Ufers, um die aktuellen Zustände auch kleinräumlich zu erfassen, was auf Luftbildaufnahmen nicht möglich ist.

In einem nächsten Schritt wurde das gesamte Ufer in sogenannte Handlungsräume eingeteilt, auf die weiter unten und im Anhang noch ausführlich eingegangen wird. Für jeden Handlungsraum wurden Ziele festgelegt und erste konkrete Massnahmen formuliert, welche auf diese Ziele hinführen sollen. Künftige Massnahmen sind an den definierten Zielen auszurichten.

Da die Uferplanung für unterschiedlichste Interessengruppen und die Ufergemeinden von hoher Relevanz ist, wurde von Beginn an darauf geachtet, die Betroffenen in den Prozess mit einzubeziehen. Insgesamt wurden die kantonalen Fachstellen, die Gemeinden sowie die Interessengruppen (Verbände) jeweils in eigenständigen Veranstaltungen in drei Durchgängen über den Stand der Arbeit informiert. Im Anschluss an diese Informationsveranstaltungen wurden jeweils die vorhandenen Unterlagen allen Beteiligten ausgehändigt und diesen ausreichend Zeit für eine Stellungnahme eingeräumt. Den Gemeinden stand zusätzlich die Möglichkeit offen, nach jeder Runde in Einzelgesprächen die konkrete Situation in ihrer Gemeinde zu besprechen; diese Möglichkeit wurde rege in Anspruch genommen.

Die Stellungnahmen der einzelnen kantonalen Fachstellen, Gemeinden und Interessensgruppen wurden anschliessend vom Projektteam gesichtet, gegeneinander abgewogen und soweit möglich in die weiteren Planungsschritte integriert.

Diese iterative Methodik ermöglichte es, alle Beteiligten frühzeitig mit einzubeziehen, so dass die Uferplanung bisher auf eine gute Akzeptanz stiess.

Einteilung des Uferbereichs in Handlungsräume

Wie bereits erwähnt, wurde das gesamte Ufer in sogenannte Handlungsräume eingeteilt. Insgesamt wurden fünf Handlungsräume mit abnehmender Nutzungsintensität definiert (vgl. dazu Anhang).

Jeder einzelne Handlungsraum wurde in einem Handlungsraumdatenblatt erfasst, beschrieben und mit typischen Ansichten dokumentiert. Ausserdem wurden für jeden einzelnen Handlungsraum spezifische (Entwicklungs-) Ziele festgelegt und erste konkrete Massnahmen vorgeschlagen (vgl. dazu die entsprechenden Handlungsraumdatenblätter).

Massnahmen in den einzelnen Handlungsräumen

Für jeden einzelnen Handlungsraum wurden erste konkrete Massnahmen vorgeschlagen, deren genaue Standorte den Plänen entnommen werden können. Zusätzlich sind die Massnahmen in der entsprechenden Massnahmenliste stichwortartig beschrieben. Darin ist auch festgehalten, unter wessen Federführung die jeweilige Massnahme durchgeführt wird, wer bei der Finanzierung beteiligt werden kann und mit welcher Priorität die Gemeinde die Massnahme umzusetzen gedenkt. Die Massnahmen sind als Ideen und Anregungen im Sinne der Entwicklungsziele des entsprechenden Handlungsraumes zu verstehen.

6. Verbindlichkeit der Uferplanung

Die Uferplanung Bodensee: Obersee bildet eine gemeinsame Verständigungsgrundlage zwischen den involvierten Gemeinden und dem Kanton. Es ist eine bei inskünftigen Planungen und Bauvorhaben zu berücksichtigende Grundlage, die aber weder behörden- noch grundeigentümerverbindlich ist. Mit anderen Worten, die in den kommunalen Richt- und Zonenplänen gemachten Vorgaben behalten nach wie vor ihre Rechtskraft. Selbstverständlich wird auch die in der Bundesverfassung garantierte Eigentums- und Besitzstandsgarantie von der Uferplanung Bodensee: Obersee nicht tangiert. Eine zonenkonforme Nutzung der Parzellen wird auch in Zukunft möglich sein. Für sämtliche Massnahmen gilt, dass deren Ausgestaltung im Rahmen der Erarbeitung eines Projektes zu konkretisieren sein wird und sie dann in der Regel ein Baugenehmigungsverfahren zu durchlaufen haben. Ob und wann die Massnahme vertieft bearbeitet und ein allfälliges Projekt zur Baureife gebracht wird, ist einerseits von den unmittelbar Betroffenen und andererseits von der Gemeinde abhängig.

7. Weiteres Vorgehen

Nachdem die kantonalen Fachstellen und Gemeinden die Planung in drei Durchgängen kritisch geprüft und mit ihren Stellungnahmen aufgewertet haben und im Dezember 2017 auch die einspracheberechtigten Umweltverbände miteinbezogen worden sind, liegt nun eine breit abgestimmte, zusammenhängende und einheitliche Planung für das Thurgauer Obersee-Ufer ab Landesgrenze in Kreuzlingen bis Horn vor. Sie wurde in der Zeit vom 13. April bis 11. Mai 2018 im Sinne einer Grundlage gemäss Art. 6 RPG öffentlich bekannt gemacht. Alle waren eingeladen, sich bis am 11. Mai 2018 zum vorliegenden Entwurf zu äussern. 56 Eingaben wurden beim Amt für Raumentwicklung eingereicht und in der zweiten Hälfte Mai 2018 gesichtet, geprüft und präziser formuliert oder gelöscht. Die meisten Eingaben betrafen Massnahmenvorschläge, wo Private Einschränkungen, Gefährdungen oder Wertverlust ihres Besitzes befürchteten. In der zweiten Hälfte Juni 2018 lag die bereinigte Gesamtplanung zur Genehmigung und Freigabe durch den Regierungsrat vor.

Mit der Kenntnisnahme der Uferplanung Bodensee: Obersee durch den Regierungsrat liegt im Sommer 2018 erstmals eine nach einheitlichen Kriterien erarbeitete und mit den Gemeinden und Interessensgruppen abgestimmte kantonale Uferplanung für das ganze Thurgauer Ufer ab Schlatt am Hochrhein bis Horn am Bodensee-Obersee vor. In einem abschliessenden Schritt ist die Auf-

nahme zentraler Teile dieser Planungen in den Kantonalen Richtplan respektive detaillierter Aspekte in die kommunale Planung anzustreben.

Seeuferrevitalisierungen



Das Bundesgesetzes über den Gewässerschutz (GSchG, SR 814.20) verpflichtet in Art. 38a die Kantone Revitalisierungen zu planen. Gemäss Art. 41d der Gewässerschutzverordnung (GSchV, SR 814. 201) sind in der Planung für einen Zeitraum von 20 Jahren die zu revitalisierenden Gewässerabschnitte, die Art der Revitalisierungsmassnahmen und die Umsetzungsfristen festzulegen. Die Planung für stehende Gewässer ist gemäss Vorgaben des Bundesamts für Umwelt bis zum 31. Dezember 2022 einzureichen.

Die vorliegende Uferplanung Bodensee: Obersee wird bei der Erarbeitung der strategischen Planung «Revitalisierung – Seeufer» berücksichtigt, wobei die Vorgaben zum Vorgehen gemäss der Vollzugshilfe «Revitalisierung Seeufer – Strategische Planung» zu berücksichtigen sind. Die beiden Planungen sind in den Schritten "Plausibilisierung" und "Priorisierung" abzugleichen, da z.B. die Priorisierungen in der Uferplanung Bodensee: Obersee der Meinung der Gemeinden und nicht unbedingt jener der kantonalen strategischen Planung (AfU) entsprechen. Dabei werden Präzisierungen gegenüber der «Uferplanung «Bodensee: Obersee» erforderlich sein.



Das Gesetz über den Wasserbau und den Schutz vor gravitativen Naturgefahren (WBSNG, RB 721.1) ist auf den 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Gemäss § 32 WBSNG obliegen Revitalisierungen am Bodensee und Untersee den Gemeinden. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Gemeinde mit Beiträgen von 60% – 80%.

A) Handlungsräume



Siedlung

Farbcodierung	
Definition	Ortszentren mit hoher Bebauungsdichte und wenig Grünanteil.
Beschreibung	Dichte, mehrgeschossige Bebauung mit hohem Versiegelungsgrad und geringe Durchgrünung. Nur vereinzelt über offene Bäche mit dem Hinterland ökologisch vernetzt.
Dominierende Nutzung	Vor allem Wohn- und Gewerbenutzung, teilweise auch Industrie.
Hinterland	Meist Siedlungsgebiet.
Ziele	Bauliche Verdichtung unter Beachtung des Erhalts historisch wertvoller Bausubstanz sowie der Anliegen des Ortsbildschutzes. Wenn möglich Verbesserung von Vernetzungsstrukturen.
Fotos (10.04.2014)	 <p>Abbildung 1: Kesswil Historischer Dorfkern mit hoher Bebauungsdichte bis direkt ans Ufer. Nur wenige und kleine Grünflächen. Ufer typischerweise durch Verbauung gesichert.</p>
Abbildung 2: Münsterlingen Siedlungsgebiet des Seedorfs von Landschlacht mit hoher Bebauungsdichte bis direkt ans Ufer. Nur wenige und kleine Grünflächen. Ufer typischerweise durch Verbauung gesichert.	



Tourismus, Freizeit und Sport

Farbcodierung	
Definition	Durch Sport-, Freizeit- und touristische Bauten und Anlagen dominierte, der Erholungsnutzung dienende Siedlungsgebiete.
Beschreibung	Durch Bauten und Anlagen der Intensiverholung wie Uferanlagen, Strandbäder, Hafen- oder Steganlagen, Campingplätze, Hotellerie / Gastronomie, Kliniken geprägt.
Dominierende Nutzung	Sport-, Freizeit- und Erholungsnutzung, Nutzungsintensität meist stark saison- und witterungsabhängig.
Hinterland	Meist Siedlungsgebiet (z. T. mit Industrie- und Gewerbebauten), aber auch Landwirtschaftsflächen möglich.
Ziele	Schwerpunkte für Sport und Freizeit festlegen.
<p>Fotos (10.04.2014)</p> <p>Abbildung 1: Arbon Freizeitanlagen wie das Strandbad von Arbon sind typisch für diesen Handlungsraum.</p>	
<p>Abbildung 2: Münsterlingen Freizeitanlagen wie der Campingplatz Ruderbaum sind typisch für diesen Handlungsraum.</p>	



Wohnen am Wasser

Farbcodierung	
Definition	Vorwiegend Wohnnutzung mit geringer Bebauungsdichte und hohem Grünanteil.
Beschreibung	Vorwiegend ganzjährig bewohnte Privatgrundstücke mit Einfamilienhäusern und Gartenanlagen sowie Uferverbauungen, gelegentlich Ferienhäuser. Ökologische Vernetzung ins Hinterland über Grünstrukturen der Gärten.
Dominierende Nutzung	Vorwiegend Wohnnutzung, stellenweise auch Erholungsnutzung.
Hinterland	Oft Landwirtschaftsflächen oder Wald, gelegentlich auch Siedlungsgebiet oder Gewerbeflächen.
Ziele	Ökologische Situation insbesondere Vernetzung verbessern, verbaute Uferbereiche rückbauen resp. renaturieren. Bebauungsdichte niedrig halten, öffentliche Zugänglichkeit der Ufer prüfen.
Fotos (10.04.2014) Abbildung 1: Kesswil <i>Permanent bewohnte Ufergrundstücke mit grosszügigen Grünanlagen und geringer Bebauungsdichte wie hier im Osten von Kesswil sind typisch für diesen Handlungsraum. Am Ufer erhalten gebliebene, denkmalgeschützte Badehäuschen.</i>	
Abbildung 2: Uttwil <i>Permanent bewohnte Ufergrundstücke mit grosszügigen Grünanlagen und geringer Bebauungsdichte wie hier im Osten von Uttwil sind typisch für diesen Handlungsraum. Uferverbauungen sollten rückgebaut werden. Hinter den Wohngrundstücken liegen meistens ausgedehnte Landwirtschaftsflächen.</i>	

Extensive Erholung

Farbcodierung	
Definition	Naturnaher Uferbereich mit Wegnetz und landwirtschaftlicher Nutzung.
Beschreibung	Naturnaher, extensiv genutzter, mit Wegnetz erschlossener Uferbereich und dahinter ausgedehnte landwirtschaftliche Produktionsflächen. In Ausnahmefällen einzelne Wohnbauten am Ufer.
Dominierende Nutzung	Extensive Freizeiterholung (spazieren, Hunde ausführen, joggen, velofahren) und Landwirtschaft.
Hinterland	Meist Landwirtschaftsflächen oder Wald.
Ziele	Nur für Bewirtschaftung notwendige Bauten und Anlagen, Rückbau nicht standortgebundener Bauten und Anlagen. Ökologische Aufwertung des Uferbereichs und Schaffung von Vernetzungsstrukturen zum Hinterland.
Fotos (10.04.2014)	 <p>Abbildung 1: Kreuzlingen Das Kissingergut ganz im Osten von Kreuzlingen ist ein Landschaftsraum mit natürlichem Ufer und dahinter gelegenen Landwirtschaftsgebiet, das auch als Naherholungsgebiet gerne genutzt wird.</p>
Abbildung 2: Münsterlingen Das naturnahe Ufer beim Badeplatz von Scherzingen liegt in einem Gebiet der extensiven Freizeithnutzung, das in der Seeufer-schutzzone resp. Landschafts-schutzzone liegt.	

Natur und Landschaft

Farbcodierung	
Definition	Natürliche oder naturnahe Bereiche, in extensiv genutzte Landschaft übergehend.
Beschreibung	Weitgehend natürliche Uferlandschaft und dahinter Wald oder Landwirtschaft.
Dominierende Nutzung	Schutzgebiete, extensive Erholung, extensive Landwirtschaft.
Hinterland	Meist landwirtschaftlich genutzte Flächen, gelegentlich Ferienhäuschen, seefern auch Wohnnutzung.
Ziele	Ökologische Aufwertungen sowie naturnahe Pflege der Uferbereiche prüfen, Wiederannäherung an das traditionelle Bodensee-Landschaftsbild (z. B. Hochstammobstgärten im Hinterland).
Fotos (10.04.2014) Abbildung 1: Egnach Das weitgehend natürlich erhaltene Ufer des Wiedehorner Riets mit Schilfflächen und gut entwickelter Uferbestockung sowie dahinter gelegenen Landwirtschaftsflächen. Schneisen durchs Schilf sind nach Möglichkeit zu reduzieren und zu renaturieren.	
Abbildung 2: Güttingen Das weitgehend natürlich erhaltene Ufer im Gebiet der Moosburg mit Schilfflächen und gut entwickelter Uferbestockung sowie dahinter gelegenen Landwirtschaftsflächen.	

B) Statistik

Verteilung der insgesamt 48 Handlungsräume in Bezug auf die Uferlinie

Siedlung	10.3 %
Tourismus, Freizeit und Sport	39.8 %
Wohnen am Wasser	12.0 %
Extensive Erholung	9.0 %
Natur und Landschaft	28.9 %

Zuordnung der insgesamt 119 vorgeschlagenen Massnahmen

